



3

RECHT

Die Juristin Nitsana Darshan-Leitner will China wegen Corona verklagen

14

GEDENKEN

Das Bundesministerium der Justiz erinnert an Generalstaatsanwalt Fritz Bauer

17

FILM

Produzent Martin Moszkowicz spricht über seine Familiengeschichte



BERLIN, DEN 2. JULI 2020

10. TAMUS 5780

CH 4,30 | A 2,70 EURO | D 2,40 EURO

75. JAHRGANG

NR. 27 A 1107

EINSPRUCH



Josef Schuster findet die Debatte über Rassismus bei der Polizei wichtig, wundert sich aber, wie sie derzeit geführt wird

Schaden und Nutzen

Es ist ein offenes Geheimnis: Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland hat qua Amt Personenschutz. Ich bin stets von den Beamten umgeben, ich sehe sie häufiger als meine Frau. Viele Menschen in unserem Land werden auf Schritt und Tritt begleitet.

Personenschützer haben sich beruflich verpflichtet, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um die ihnen anvertraute Person zu schützen. Ich bin selten Menschen begegnet, die ein so hohes Maß an Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein mitbringen wie meine Personenschützer. Sie sind Polizisten. Und sie sind Menschen wie du und ich. Das heißt, dass sie manchmal vielleicht Vorurteile gegenüber anderen haben – so wie jeder von uns. Das heißt aber nicht, dass sie Rassisten sind.

Es gab schlimme Fälle von Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei, die bekannt wurden, in Sachsen oder jüngst in Hessen. Und es ist gut, dass diese Fälle ans Licht kamen. Jeder Polizist, der solche Missstände in den eigenen Reihen entdeckt, kann nur ermuntert werden, sie offenzulegen. Hier darf es keinen falsch verstandenen Korpsgeist geben. Das Gleiche gilt für die Bundeswehr. Institutionen, die durch ihre Struktur von Befehl und Gehorsam Menschen anziehen, die autoritäres Denken lieben, müssen besonders wachsam sein – auch deshalb, weil Rassisten und Rechtsextremisten nicht nur für Bürger gefährlich sind, die in ihr Feindbild passen. Sondern weil sie all ihren Kolleginnen und Kollegen schaden, die aufrichtig und gewissenhaft ihren Dienst verrichten.

Die jüdische Gemeinschaft weiß, wie sehr wir die Polizei brauchen. Wir können ohne ihren Schutz in Deutschland nicht existieren. Meine Personenschützer üben ihren Beruf mit großem Ernst aus. Doch sie haben auch viel Humor. Derzeit droht ihnen das Lachen zu vergehen. Die momentane Debatte über Rassismus in der Polizei ist wichtig und notwendig. So wie sie geführt wird, kann sie jedoch mindestens so viel Schaden anrichten wie nutzen.

Der Autor ist Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

INHALT

ISRAEL	4
Kurztrips und Camping Weil Ausländer ausbleiben, setzt die Tourismusbranche auf einheimische Urlauber	
JÜDISCHE WELT	7
Der Handaufleger Der Wiener Dennis Weinmann versucht, Selbstheilungskräfte zu wecken	
SCHABBAT	20
Die Welt verbessern Was die Asche der Roten Kuh mit der Sünde vom Goldenen Kalb zu tun hat	



27

4 190110 702409

Gestürzte Helden

ERINNERUNGSKULTUR In den USA werden Statuen vom Sockel gerissen. Was ist der richtige Umgang mit umstrittenen Denkmälern?



Am 10. Juni demonstrieren Demonstranten in Saint Paul (Minnesota/USA) eine Statue des Entdeckers Christoph Kolumbus.

VON ANDREAS NACHAMA

Mit dem Abstand der Jahre wird aus Erlebtem Geschichte – und je größer der Abstand wird, umso mehr kommt Licht in das Verstehen einer Person oder Epoche. Aus dem »Dunkel der Geschichte wird Dämmer« (Günter Kurnert).

Wir werden gerade Zeugen, wie in den USA, aber auch in England, im öffentlichen Raum stehende Denkmäler gestürzt oder beschädigt werden, weil die Dargestellten nicht der politischen »Correctness« der sich gerade und zu Recht gegen Rassismus empörenden Demonstranten entsprechen.

Dabei wird nicht gefragt, ob das Denkmal vielleicht kunsthistorisch wertvoll ist, auch nicht, ob die dargestellte Person nicht auch Positives zum Lauf der Welt beigetragen hat. Vielmehr bahnt sich blinde Zerstörungswut ihren Weg und legitimiert sich scheinbar mit Zitaten der Person, die heute nicht mehr der politischen Korrektheit entsprechen. Mag sein, dass sich Winston Churchill rassistisch geäußert hat, aber er war auch der wichtigste Politiker Europas bei der Befreiung des Kontinents von der NS-Besatzung. Kann man sein Denkmal so einfach besudeln oder gar zur Seite schaffen?

Berlin hat seit 2016 auf der Zitadelle Spandau ein Museum der gestürzten Denkmäler. Wie viele Friedrichs oder Friedrich Wilhelms sieht der Besucher, denen die Nasen oder Köpfe abgeschlagen wurden? Obwohl es in dieser Ausstellung auch ein Kapitel über die Zeit von 1933 bis 1945 gibt, befindet sich dort keine Hitlerbüste oder gar ein Standbild des »Führers«, denn der hatte in seinem Personenkult zwar nichts dagegen, dass Briefmarken sein Konterfei tragen und wichtige Straßen oder Plätze nach ihm benannt werden, hat sich aber Denkmäler

verboten. Trotzdem steht das am 20. April 1939 – Hitlers 50. Geburtstag – eingeweihte größte Hitler-Denkmal ganz selbstverständlich mitten in der Bundeshauptstadt: Albert Speer hatte die Siegestsäule vom Platz vor dem Reichstagsgebäude zum »Großen Stern« inmitten seiner Ost-West-Achse transloziert und obendrein um eine Säulentrommel erhöht. Angeblich fahren täglich 180.000 Autos über diesen Platz. Außerdem säumen Denkmäler von preußischen Feldherren wie Roon oder Moltke und natürlich der unvermeidliche Bismarck den Platz.

Meine Mutter, die versteckt im NS-Berlin überlebte, hat große Umwege in Kauf genommen, um nicht an diesem, wie sie es nannte, »scheußlichen« NS-Denkmal vorbeifahren zu müssen, und hat sich diebisch gefreut, dass die Berliner Schwulenbewegung schon in den 80er Jahren – wohl wegen der Phallusähnlichkeit – die Siegestsäule zu ihrem Symbol gemacht hat.

Wäre es nun »besser« gewesen, Lenin am Platz der Vereinten Nationen stehen zu lassen?

Ich erinnere mich noch gut an die Zeit, als Berlin nach seiner Vereinigung in den 90er Jahren über aus der DDR-Zeit stammende Straßennamen und Denkmäler zu befinden hatte. War Herbert Baum ein Kommunist oder ein jüdischer Widerstandskämpfer? Sollen sein Denkmal und die nach ihm benannte Straße bleiben oder nicht? Das waren damals geführte Debatten in Kommissionen, in denen man seine Stimme einbringen konnte. Mag in den damit betrauten bezirklichen Gesprächskreisen nicht alles mit gleicher

Sorgfalt behandelt worden sein – und natürlich ist sehr bedauerlich, dass es noch immer eine Treitschkestraße in Berlin gibt –, aber es war kein Bildersturm, sondern eher ein doch mit Pro und Contra ausgetragener Diskurs. Als für das Kapitel »DDR« in der eingangs zitierten Ausstellung nach einem geeigneten Objekt gesucht wurde, war schnell das Lenin-Denkmal gefunden, freilich gab es dann noch eine jahrelange unter öffentlichem Pro und Contra geführte Debatte, schließlich wurde der Kopf der Skulptur, die in einem Wald vergraben war, geborgen und samt dem für die Demontage platzierten Schraubbolzen im Kopf ausgestellt.

Wäre es nun »besser« gewesen, Lenin am Platz der Vereinten Nationen stehen zu lassen? Meine Sympathie für Lenin hält sich in sehr engen Grenzen, aber die Beseitigung war kein Akt revolutionärer Gärung oder Spontis, sondern nach öffentlicher Debatte durch das Bezirksparlament mit Mehrheit beschlossen. Aber gerade beim Rückbau oder der Translozierung eines Denkmals bleibt doch ein etwas schaler Nachgeschmack. Vielleicht würde bei manchem Denkmal eine erläuternde und auch distanzierende Kommentierung etwas im wahrsten Sinne des Wortes verbessern. Das Ensemble mit der Siegestsäule könnte eine kommentierende Fußnote nicht entgiften, aber das bunte, freche Stadtmagazin »Siegestsäule« bringt ein wenig Licht gegen den grauen, in Stein gehauenen NS-Gigantomaniasmus.

Also nicht abräumen, nicht beschmieren, sondern mit Erläuterungen kommentieren oder in neue Zusammenhänge bringen – das ist unser Weg vom Dunkel ins Dämmer, denn jede Generation kann nur etwas mehr Licht ins Dunkel der Geschichte bringen.

Der Autor ist Historiker, Publizist und Rabbiner in Berlin. Er ist Vorsitzender der Allgemeinen Rabbinerkonferenz.

INTERVIEW

Franziska Giffey über das neue Kompetenznetzwerk Antisemitismus, seine Expertise und Aufgaben



»Gemeinsam mehr erreichen«

Frau Ministerin, was ist Aufgabe und Zweck des »Kompetenznetzwerks Antisemitismus« (KOMPAS), das Sie am Dienstag in Berlin vorgestellt haben?

Es ist das erste Mal, dass wir über unser Bundesprogramm »Demokratie leben!« ein eigenes Kompetenznetzwerk Antisemitismus fördern. KOMPAS soll Informationen bundesweit bündeln, fachliche Beratung bereitstellen und erfolgreiche Präventionsansätze an andere weitergeben und übertragen – auf Bundesebene, in den Ländern und Kommunen. Die Expertise der fünf Partner im Kompetenznetzwerk ist wichtig für unsere gesamte Gesellschaft.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) erfasst seit einiger Zeit antisemitische Vorfälle bundesweit. Nun heißt es, das Netzwerk soll die Dokumentation und Analyse leisten. Wie ist das zu verstehen?

An der Aufgabe des Bundesverbands RIAS ändert sich nichts: Er soll gewährleisten, dass es bundesweit eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle gibt. Mit KOMPAS wird nun aber zum ersten Mal die Erhebung von Daten zu antisemitischen Vorfällen mit der Entwicklung von Präventionsansätzen direkt verknüpft. Das ist neu.

Bündelt das Netzwerk die Aufgaben, oder geht dabei womöglich auch Effektivität verloren?

Mit einem Netzwerk haben wir die Chance, dass Informationen noch breiter geteilt werden und eine größere Aufmerksamkeit bekommen. Fünf Partner zusammen sind doch stärker als jeder für sich allein. Es ist deshalb ein großer und wichtiger Schritt für die Arbeit gegen Antisemitismus, den wir mit der Zusammenarbeit im Kompetenznetzwerk gehen.

Wie fördert Ihr Haus dieses Netzwerk?

KOMPAS ist seit Januar eines von insgesamt 14 Kompetenznetzwerken und -zentren im Bundesprogramm »Demokratie leben!«. Für 2020 sind rund zwei Millionen Euro für die Förderung von KOMPAS vorgesehen. Es gibt aber auch noch zahlreiche weitere Maßnahmen in diesem Themenfeld, die wir im Bundesprogramm fördern. Wir unterstützen Projekte, die sich mit der Prävention von Antisemitismus befassen, Beratung für Betroffene anbieten und Empowerment der jüdischen Communitys fördern. Das ist seit jeher ein zentraler Schwerpunkt des Bundesprogramms.

Wie gestaltet sich dabei die Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus?

Wir arbeiten eng und vertrauensvoll mit ihm zusammen. Auch hier gilt: Gemeinsam können wir mehr erreichen.

Mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sprach Detlef David Kauschke.